



**Ernst Burgbacher**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarischer Geschäftsführer der  
FDP-Bundestagsfraktion  
Stellvertretender Vorsitzender der  
Föderalismuskommission II

Ernst Burgbacher, MdB · Dorotheenstr. 101 10117 Berlin

An die Vorsitzenden der  
Kommission zur Modernisierung der  
Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Struck, MdB  
Herrn Ministerpräsident Günther Oettinger, MdL

- im Hause -

Kommission von Bundestag und Bundesrat  
zur Modernisierung  
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Kommissionsdrucksache  
149



**Dr. Volker Wissing**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Obmann der FDP-Fraktion im Finanzausschuss des  
Deutschen Bundestages  
Sprecher für Föderalismus der  
FDP-Bundestagsfraktion

**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Dienstgebäude**  
Jakob-Kaiser-Haus  
Dorotheenstr. 101  
10117 Berlin  
Tel: (030) 227 – 72595  
Fax: (030) 227 – 76167  
Email: burgbacher@fdp-bundestag.de  
Homepage:  
www.ernst-burgbacher.de

31. Oktober 2008/jf

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Oettinger,  
sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Struck,

am 8. März 2007 hat die Föderalismuskommission II mit der konstituierenden Sitzung im Deutschen Bundestag ihre Arbeit aufgenommen. Der Präsident des Deutschen Bundestags, Dr. Norbert Lammert, MdB, hat anlässlich dieser Konstituierung weitsichtig und von uns allen unterstützt erklärt, dass wir mit dieser Reform „nicht nur ein erfolgreiches Ergebnis der eigenen Kommissionsarbeit belegen, sondern den Beweis für die strukturelle Reformfähigkeit Deutschlands antreten.“ Hinter diesem Anspruch darf die Kommission nicht zurückbleiben!

Sie, Herr Vorsitzender Dr. Struck, haben in Ihren Eröffnungsworten zu Recht von der „Herkulesaufgabe“ gesprochen, von den besonderen Erwartungen an die Mitglieder der Kommission und die herausragende Verantwortung, die Ihnen und uns übertragen wurde. Es geht um nichts anderes als um die Handlungsfähigkeit unseres Staates, um die Wiederherstellung von Vertrauen in die Politik und nicht zuletzt um unsere gemeinsame Verantwortung gegenüber den Menschen in unserem Land, unseren Kindern und Enkelkindern. Dieser Verantwortung wollen wir als Mitglieder der FDP in der Kommission auch weiterhin gerecht werden.

Wir bitten Sie daher nachdrücklich, den Mitgliedern der Föderalismuskommission II und der Öffentlichkeit schnellstmöglich einen neuen Termin zur Wiederaufnahme der Beratungen der Föderalismuskommission II zu benennen.

In der Kommission besteht nach wie vor Dissens, und schon jetzt deutet einiges darauf hin, dass die Krise an den internationalen Finanzmärkten dazu genutzt werden könnte, die Föderalismusreform scheitern zu lassen. Dies darf nicht passieren, denn dies würde und müsste von den Menschen in unserem Land als ein unumstößliches Zeugnis der Reformunfähigkeit der Politik aufgefasst werden.

Wie Sie wissen, drängt die Zeit. Sie, Herr Ministerpräsident Oettinger, haben in Ihren Eingangsworten völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass „für Beratungen sowie für Vorschläge in Bundestag und Bundesrat nur bis Ende des Jahres 2008 Zeit bleibt.“ Wir machen auch heute noch einmal auf die von uns bereits mehrfach und vor längerer Zeit vorgebrachte Bitte aufmerksam, dass noch in diesem Jahr die Kommissionsarbeit abzuschließen ist und der Gesetzgebungsvorgang formal eingeleitet werden muss. Anderenfalls wird den Menschen in unserem Land anschaulich vor Augen geführt, dass wir nicht nur dem Auftrag und der Bitte des Bundestagspräsidenten nicht nachgekommen sind, sondern die Öffentlichkeit wird sehr genau bemerken, dass Sie die historische Chance zur Reform des Grundgesetzes ungenutzt haben verstreichen lassen.

Reformvorschläge wurden aus der Mitte der Kommission vor längerer Zeit eingereicht. Die FDP hat einen grundlegenden und umfassenden Reformvorschlag vorgelegt. Mit diesem Vorschlag könnten die Staatsfinanzen nachhaltig konsolidiert, die Handlungsfähigkeit des Staates wieder herstellt und vor allem auch mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie auf exogene als auch endogene Krisen reagieren werden. Während die Föderalismuskommission die Beratungen ausgesetzt hat, beschließt die Bundesregierung Veränderungen bei der Kfz-Steuer sowie ein durch Neuverschuldung finanziertes Konjunkturpaket. Durch diese Maßnahmen werden Fakten geschaffen, die auf die weiteren Beratungen der Föderalismuskommission II gravierende Auswirkungen haben werden.

Wir fordern Sie auf: Werden Sie sich Ihrer besonderen Verantwortung als Vorsitzende der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen bewusst und berufen Sie umgehend eine Sitzung der Föderalismuskommission II ein.

Mit freundlichen Grüßen



(Ernst Burgbacher, MdB)



(Dr. Volker Wissing, MdB)